

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg



Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Heft 13
Sonderheft

Studentische Beiträge zur Universitäts- und
Stadtgeschichte

- Halle 2003 -

Impressum: Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Redaktion: Daniel Bohse (v. i. S. d. P.), Denise Wesenberg
ISSN: 1433-7886

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Kristiane Gerhard

*Das Universitätsjubiläum „450 Jahre Universität Halle-Wittenberg“ –
Aushängeschild des Sozialismus?.....5*

Marianne Taatz

*Die Theologische Fakultät der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg im Nationalsozialismus.....33*

Christina Müller

*Die Jungen Gemeinden in der DDR am Beispiel der evangelischen
Studentengemeinde Halle.....63*

Eckehard Pistrick

Musik und Musikwissenschaft in Halle 1933-1945.....97

Ria Hänisch

Das Museum der nationalsozialistischen Erhebung in Halle.....122

Das Universitätsjubiläum „450 Jahre Universität Halle-Wittenberg“ – Aushängeschild des Sozialismus?

von Kristiane Gerhard

Doch wer da denkt, bei Jubiläen gehe es um den Jubilar,
hat das Wesen des Feierns nicht verstanden.
Der Schenkende wird beschenkt, er sucht sich seinen Anlaß.¹

I. Einleitung

Den Anlaß für die folgende Arbeit gab ein zeitgeschichtliches Forschungsseminar, das den „Standort“ der „Universität Halle-Wittenberg in zwei Diktaturen“ zu rekonstruieren versuchte. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie sich die einschneidenden politischen, juristischen und gesellschaftlichen Veränderungen unter nationalsozialistischer Herrschaft bzw. nach Errichtung des ostdeutschen Teilstaates auf die Universität, ihre Professoren und Studierenden, auswirkten.

Auf den folgenden Seiten wird uns das 1952 gefeierte 450-jährige Bestehen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg beschäftigen. Brisant ist die Auseinandersetzung mit der Thematik vor dem Hintergrund des im letzten Jahr gefeierten 500-jährigen Jubiläums. Heute wie vor 50 Jahren ist und war ein solcher Geburtstag willkommene Gelegenheit, die Geschichte und die Verdienste der Jubilarin zu würdigen. Freilich stand die vor einem halben Jahrhundert stattfindende universitäre Großveranstaltung unter anderen gesellschaftlichen Vorzeichen. An die vom 18. bis 25. Oktober 1952 stattfindende Jubelfeier waren hohe Erwartungen von seiten der Organisatoren geknüpft. Sie sollte, so lautete eine der zahlreichen Losungen, den „Kampf [der DDR] für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und die Verteidigung des Weltfriedens“² demonstrieren. Hinzu kam, daß die DDR inmitten des kalten Krieges auf die Anerkennung durch die westeuropäischen wie auch die Ostblockländer ausgerichtet war. Die offiziellen Quellen und Dokumente zum Jubiläum sind in jedem Fall wichtige Zeugnisse des Selbstverständnisses der gerade drei Jahre alten DDR. Anlässlich der 450-Jahr-Feier äußerte das hallesche SED-Organ „Freiheit“ zuversichtlich die Hoffnung, daß „[das] Jubiläum unserer Universität den Ruf Halles weit über die Grenzen des deutschen Vaterlandes hinaustragen [werde].“³ Das Jubiläum war also wie geschaffen, den Stand- und Studienort Halle im Osten wie im Westen Deutschlands in

¹ Vgl. DIE ZEIT, Nr. 19, 2.5.2002, S. 45.

² UAH, Rep. 7a+b, Nr. 74. 450-Jahrfeier, Festprogramm.

³ Freiheit, Organ der SED, Bezirk Halle, 7. Jg., Nr. 239, S. 6.

ein ansehnliches Licht zu rücken. Inwieweit das gelang, soll anhand der Resonanz westdeutscher Besucher und der Berichterstattung über das Jubiläum durch die westdeutsche Presse gezeigt werden.

Der auf den folgenden Seiten unternommene Versuch einer kritischen Rekonstruktion des Jubiläums, zu dem noch keine zusammenfassende Darstellung erschienen ist, beruht überwiegend auf der Auswertung der Akten des Universitätsarchivs Halle.

Die Arbeit muß zunächst, gerade weil das Jubiläum zeitlich in den Prozeß der Stalinisierung der frühen Fünfziger Jahre fiel, die politische Entwicklung in der DDR und deren Einfluß auf die Universitäten darstellen. Die Bedeutung dieses ersten, nach Kriegsende auf deutschen Boden stattfindenden Universitätsjubiläums kann für das Ringen der DDR um internationale Anerkennung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Entsprechend versucht diese Arbeit – um nicht der zeitgenössischen Propaganda aufzusitzen – aus der Fülle des Materials jene Aspekte nachzuzeichnen, die sich hinter den Kulissen abspielten. Dazu gehören die weltanschaulichen Machtkämpfe in den Hochschulgremien im Vorfeld ebenso wie die Auseinandersetzungen bei der Vorbereitung der Jubiläumsfeier. Wird sich die Rekonstruktion des Ablaufs der Festwoche auf einige wenige Schwerpunkte konzentrieren, so soll die Berichterstattung über die Festlichkeit in den ost- und westdeutschen Medien einen Eindruck über die mutmaßliche Bedeutung derselben verschaffen. Interesse verdient ebenfalls der abschließende wertende Blick der Organisatoren auf ihr Fest, der uns neben den sicherlich nicht zu bestreitenden Erfolgen auch die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Programms vor Augen führt.

Es bleibt zu hoffen, daß sich trotz der immer an Einzelbeispielen aufzuzeigenden Probleme eine doch vielschichtige Sichtweise auf die Universitätsfeier von 1952 herstellen läßt.

II. Die DDR in den frühen 50er Jahren

a) Zur politischen Situation in der DDR am Beginn der 50er Jahre

Die frühen 50er Jahre bildeten eine bedeutsame Zäsur für die weitere politische Entwicklung der jungen DDR. Die auf der 1. Parteikonferenz im Januar 1949 und durch den III. Parteitag im Juli 1950 beschlossenen organisationspolitischen Veränderungen mit ihrer Definition von einer „Partei neuen Typus“ bauten die ohnehin bestehende Führungsposition der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gegenüber den Blockparteien weiter aus.⁴

⁴ Das Ziel der Herausbildung einer „Presse neuen Typs“ war bereits auf einer Vorstandssitzung der SED im März 1950 beschlossen worden. Jene sollte als

Der noch auf dem Vereinigungsparteitag der KPD und SPD von 1946 proklamierte „demokratische Weg“ zum Sozialismus wurde aufgehoben zugunsten einer parteipolitischen Entwicklung nach stalinistischem Vorbild. Die SED bekannte sich jetzt offen zum sowjetischen Modell und zur Ideologie des Marxismus-Leninismus. Im Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ wurden bis 1951 hunderttausende der in die SED eingetretenen Sozialdemokraten, aber auch frühere Angehörige kommunistischer Splittergruppen, Westemigranten und Juden ausgeschlossen.⁵ Diese Parteisäuberungen, die 1951 ihren Höhepunkt erreichten, halfen, die kommunistische Dominanz endgültig zu sichern.⁶ Dreh- und Angelpunkt aller Machtausübung wurde die SED, deren Führungsspitze jedoch nicht unbeschränkt souverän, sondern in den 50er Jahren in sehr direkter Abhängigkeit von der sowjetischen Führung agierte.⁷ Daß dieser Einfluß unmittelbar auch für die Bevölkerung sichtbar war, zeigen die seitenlangen Berichte über die politischen Gremien, Konferenzen und Parteiversammlungen der KPdSU in den ostdeutschen Tages- und Wochenzeitungen von 1952. Jenes Jahr wurde für die bis auf weiteres strikt getrennte Entwicklung der beiden deutschen Staaten von entscheidender Bedeutung. Als die Stalin-Noten vom März und April, die für ein neutrales Gesamtdeutschland warben, als gescheitert betrachtet werden mußten, wurde auf der 2. Parteikonferenz im Juli der Beginn des Aufbaus des Sozialismus angekündigt, der die DDR allmählich in das östliche Bündnissystem integrieren sollte.⁸ Der Tenor der Zeitungen vom Sommer und der anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten gehaltenen Referate ist aber noch ganz dem Wunsch nach einem einheitlichen Deutschland verhaftet. Kurze Zeit später wird er, zumindest aus allen offiziellen Verlautbarungen, verschwunden sein.

Ungeachtet aller ideologischen Verhärtungen erlebten große Teile der Bevölkerung die 50er Jahre als den Beginn eines wirtschaftlichen und damit persönlichen Aufschwungs.⁹ Die Lebensmittelrationierung wurde teilweise

Handlanger der SED den Schutz gegen „klassen- und parteifeindliche Elemente“ übernehmen. Vgl. Matthias Jut: Die Fischerchronik Deutschland 1949-1999. Ereignisse, Personen, Daten, Frankfurt/Main 1999, S. 83.

⁵ Vgl. Ralph Jessen: Partei, Staat und „Bündnispartner“. Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur, in: Matthias Jut (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 1998, S. 29f.

⁶ Unter den neun Vollmitgliedern des Politbüros waren mit Otto Grotewohl und dem Bürgermeister Ostberlins, Friedrich Ebert, nur noch zwei frühere SPD-Mitglieder, unter den sechs Kandidaten nur noch ein ehemaliger Sozialdemokrat, Erich Mückenberger, vertreten. Vgl. Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991, S. 262f.

⁷ Vgl. Jessen, Partei, S. 27.

⁸ Vgl. Helmut M. Müller: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn 1996, S. 349.

⁹ Vgl. dazu die sehr lebensnahe Zeitzeugen-Dokumentation von Thomas Ahbe und Michael Hoffmann: Es kann nur besser werden. Erinnerungen an die 50er Jahre in Sachsen, Leipzig 2001.

aufgehoben. 1951 trat der erste Fünfjahrplan in Kraft. Um auch die bürgerlichen Schichten in die entstehende staatssozialistische Gesellschaft zu integrieren, wurde bereits 1950 die Akademie der Künste gegründet, deren erster Präsident Arnold Zweig war. Die Gründung und der Ausbau weiterer Akademien folgten. Die 2. Hochschulreform leitete einen bedeutungsschweren Schritt auf dem Weg zur „sozialistischen Umgestaltung“ der Universitäten und Hochschulen ein. Gerade weil sie im Vorfeld des 450-jährigen Jubiläums eine nicht unerhebliche Rolle für den Universitätsbetrieb gespielt hat, muß die Reform mit ihren Zielen und Auswirkungen etwas genauer betrachtet werden.

b) Zur DDR- Hochschulpolitik in den 50er Jahren

Die Bildungspolitik besaß in der DDR von Anfang an einen ungleich höheren gesellschaftspolitischen Stellenwert als in der Bundesrepublik. Bildung und Wissenschaft, so urteilt Peter Th. Walter, „waren und wurden ... ‚Transmissionsriemen‘ zugunsten einer im Aufbau befindlichen und als bedroht hingestellten sozialistischen Gesellschaft... Lernen und Schulung als sozialer und kognitiver Prozeß sollten die Bevölkerung auf dem langen Weg in den Sozialismus zusammenschweißen.“¹⁰ Auch das Bildungswesen der DDR folgte ideologisch nun unmißverständlich dem sowjetischen Vorbild.¹¹ Die Aufgabe der Schulen und Universitäten war es, „den Sozialismus aufzubauen und die Errungenschaften der Werktätigen bis zum äußersten zu verteidigen.“¹² Mit der von der ersten FDJ-Konferenz im November ausgegebenen Parole „Erstürmt die Festung Wissenschaft“ zeichnete sich der Beginn eines bis in die Mitte des Jahrzehnts andauernden inhaltlichen und organisatorischen Umbaus der Universitäten ab. Ein der Regierung in Berlin unterstelltes Staatssekretariat löste die Hochschulabteilungen des Volksbildungs- und der Länderministerien ab.¹³ Die traditionellen Bezeichnungen der akademischen Selbstverwaltung (Rektor, Senat) blieben zwar erhalten, mit der Zeit aber wurde ein System

¹⁰ Peter Th. Walter: Bildung und Wissenschaft, in: Matthias Judt (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 1998, S. 225.

¹¹ Es hat nach Beendigung des Krieges durchaus Bemühungen von Seiten der bürgerlichen Professoren gegeben, an die Hochschulstrukturen der Weimarer Republik anzuknüpfen. Vgl. Hermann-J. Rupieper: Wiederaufbau und Umstrukturierung der Universität 1945-1949, in: Gunnar Berg und Hans-Hermann Hartwich (Hg.): Martin-Luther-Universität – Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen, Opladen 1994, S. 100.

¹² So wiederholt beschlossen auf der 2. Parteikonferenz der SED 1952. Ernst Diehl u.a.: Die Geschichte der SED, Berlin (Ost) 1978, S. 278.

¹³ Vgl. Verordnung vom 22. Februar 1951, in: S. Baske, M. Engelbert (Hg.): Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente, Bd. 1, Berlin 1966.

eingeführt, in dem die Ernennungen durch den Minister relevanter wurden als die Wahlen in den akademischen Gremien.¹⁴

Mit der Errichtung der Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF), die Nichtabiturienten auf ein Hochschulstudium vorzubereiten hatten, sollte das „bürgerliche Bildungsprivileg“ gebrochen bzw. wie es Zeitgenossen euphemistisch umschrieben, „die Zusammensetzung der Studentenschaft verbessert“ werden. Dieses Postulat der Chancengleichheit für die benachteiligten Arbeiter- und Bauernzöglinge beförderte jedoch rasch eine Bevorzugung der von den Genossen der FDJ und der SED befürworteten Studienanwärter.¹⁵ Dagegen wurden die studentische Selbstverwaltung und die Unabhängigkeit der Universitäten seit 1950 immer weiter eingeschränkt. Die kommunistischen Massenorganisationen, allen voran die FDJ, ersetzten die früheren Vertretungsorgane der Studentenschaft gegen deren teilweise zähen Widerstand.¹⁶ Die Hochschulreform von 1951 sollte die Forderungen des Zentralkomitees der SED nach Zentralisierung und stärkerer Kontrolle der Hochschulpolitik verwirklichen: Verbindlich für alle Studierenden wurde nun das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, das, wie für die Martin-Luther-Universität noch zu zeigen ist, nicht bei allen Universitätsangehörigen auf Zustimmung stieß, ging dessen Vorrang doch zu Lasten des Studiums der Fachdisziplinen. In dieser Zeit wurde auch der politischen und ideologischen Schulung der Studenten verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt. Die neu gebildeten Seminargruppen, in die jeder Studierende zwangsintegriert wurde, übten für die gesamte Zeit eine wichtige Kontrollfunktion aus mit dem Ziel, jeden Studenten in Zusammenarbeit mit der FDJ zum „systematischen, beharrlichen und disziplinierten Studium [zu] erziehen.“¹⁷ Der „bürgerlich“ zweisemestrige Jahresablauf wurde in die Form eines zehnmonatigen akademischen Jahres überführt. Prüfungsvorbereitungen und die obligaten Arbeits- bzw. Praktikumseinsätze mußten die Studenten von nun an in der verbleibenden zweimonatigen vorlesungsfreien Zeit absolvieren.

Bei dieser mit einigen Anstrengungen und nicht ohne Auseinandersetzungen stattfindenden Umgestaltung des universitären Sektors blieb das Hauptaugenmerk der Hochschulpolitik der DDR auf die Erziehung einer „neuen“, parteiloyalen Kaderelite gerichtet. Demgegenüber versuchte man

¹⁴ Vgl. Walther, *Bildung*, S. 232.

¹⁵ Vgl. Kleßmann, *Staatsgründung*, S. 287f; vgl. Walther, *Bildung*, S. 231. Die Errichtung dieser Vorstudienanstalten ist für Alexandr Haritonow sicheres Indiz der beginnenden Sowjetisierung im Hochschulwesen der DDR. Vgl. Alexandr Haritonow: *Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945-1949*, Weimar 1995, S. 208.

¹⁶ Vgl. Ehrhard Neubert: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Bonn 1997, S. 57.

¹⁷ Kleßmann, *Staatsgründung*, S. 286.

die alte bürgerliche, akademische Führungsschicht für den Sozialismus zu gewinnen oder zumindest durch materielle Privilegien zufriedenzustellen.¹⁸

Im Folgenden sollen die konkreten Auswirkungen dieses bildungspolitischen Umbaus für die Martin-Luther-Universität untersucht werden. Die in den Senatsprotokollen festgehaltenen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen kommunistisch gesinnten und bürgerlichen Professoren der Martin-Luther-Universität – letztere zogen in den allermeisten Fällen den kürzeren – lassen vermuten, daß die stalinistische Phase der frühen 50er Jahre im Hochschulbereich noch eine Übergangsphase auf dem Weg in eine gefestigte, sogenannte sozialistische Gesellschaftsordnung war.

III. Die Situation der Martin-Luther-Universität am Beginn der 50er Jahre

Im April 1945 kampflos von amerikanischen Truppen besetzt,¹⁹ nahm die Martin-Luther-Universität nach mehreren „Entnazifizierungswellen“ unter der Professoren- und Studentenschaft auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration (SMA) am 1. Februar 1946 ihren Studienbetrieb wieder auf.²⁰ Wurden schon bei der „Reinigung“ der Universität jene „Verfahren nicht nur genutzt, ... aktive Nationalsozialisten auszusondern, sondern auch zur Instrumentalisierung eines neuen Wissenschaftskonzepts“;²¹ so verstärkte sich der ideologische Druck auf Universitätsangehörige zusätzlich durch die in der Provinzialregierung sitzenden Kommunisten.²²

Die Linie der neuen Hochschulpolitik wurde in Halle durch gelenkte Presseveröffentlichungen erkennbar. In Studentenversammlungen und bei der Wahl der Studentenvertretungen kam es zu „spontanen“ Erklärungen,

¹⁸ Auf Beschluß des Ministerrats wurden im Juni 1952 die Professoren der Martin-Luther-Universität mit einer Gehaltserhöhung von immerhin 100%, die Dozenten mit einer Gehaltserhöhung von 50% bedacht. Vgl. UAH, Rep. 7, Nr. 809, Senatsprotokoll vom 30.6.1952. Mit diesen sog. Einzelverträgen, die wichtige Fachleute (auch Ärzte und Techniker) zu privilegierten Konditionen erhielten, sollte die weitere Abwanderung hochqualifizierter Akademiker in die Bundesrepublik verhindert werden. Vgl. Judt, Fischerchronik, S. 104.

¹⁹ Vgl. Ernst Ludwig Bock: Übergabe oder Vernichtung. Eine Dokumentation zur Befreiung der Stadt Halle im April 1945. Halle 1993, S. 7ff.

²⁰ Vgl. UAH, Rep. 4, Nr. 58. Befehl Nr. 8 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 9. Januar 1946.

²¹ Rupieper, Wiederaufbau, S. 102.

²² Für die versuchte Politisierung der Martin-Luther-Universität spielten der neu ernannte umstrittene Kurator, Friedrich Elchlepp, sowie Präsidialdirektor Otto Halle eine keineswegs unbedeutende Rolle. Vgl. ebenda, S. 104ff.

die als Steuerung im Sinne des sich konsolidierenden SED- Regimes durchschaut werden konnten.²³

Maßgeblichen Anteil daran hatte die 1946 gegründete Freie Deutsche Jugend (FDJ), die in Konkurrenz stand zur „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten“ (ADS), einer Organisation, die nach der Wiedereröffnung der Universität die Arbeit der studentischen Selbstvertretung übernommen hatte. Immer wieder wurden in den folgenden Jahren Versuche durch die FDJ unternommen, die ADS in die FDJ zu integrieren – jedoch nicht sehr erfolgreich.²⁴ Erst massivere „Maßnahmen“, wie die Kontrolle des Seminarbesuchs der Studenten durch die FDJ, die wachsende Anzahl der zum Studium zugelassenen FDJ-Mitglieder und nicht zuletzt der zunehmende Druck auf die neu immatrikulierten Studenten, der FDJ beizutreten, sicherten der FDJ ab 1950 den Status der alleinigen „Studierendenvertretung“.²⁵ Wenngleich sich ein Teil der Professoren und der der „ersten Generation“ zugehörigen Studenten gegen die Politisierung zur Wehr setzten, konnte die „Anpassung und Gleichschaltung der Universität an die offiziellen Leitlinien der SED-Politik“²⁶ unter diesen Rahmenbedingungen nicht mehr aufgehalten werden.²⁷

Der oben geschilderte Prozeß der zunehmenden Festigung der SED-Herrschaft spiegelt sich wider in den Senatsprotokollen von 1952. Bei ihrer Lektüre wird deutlich, daß sich im Vorfeld des Jubiläums für den Senat zwei entscheidende Problemfelder auftaten: Zum einen war dies die Durchsetzung der Studienreform, die beileibe nicht von allen Professoren begrüßt wurde, zum anderen verursachten Gerüchte von Verhaftungen hallescher Studenten einen solchen Wirbel, daß im Frühjahr 1952 alle Anstrengungen unternommen werden mußten, die schwerwiegenden ideologischen Differenzen zu beseitigen. Die Art und Weise der „Konfliktbewältigung“ verschafft uns einen Eindruck von der Härte, mit der selbst innerhalb der akademischen Gremien gegen jegliche, noch so berechtigte Kritik vorgegangen wurde. Die an dieser Stelle nur kurz skizzierten ideologischen „Gefechte“ können die als „Eitel-Sonnenschein“ zelebrierte Jubelfeier zumindest relativieren.

²³ Vgl. Albrecht Timm: Die Universität Halle-Wittenberg, Frankfurt/Main 1960, S. 92. Wie die Personal- und Vorlesungsverzeichnisse belegen, war Timm zu diesem Zeitpunkt noch Dozent für Mittlere und Neuere Geschichte sowie Landesgeschichte an der Martin-Luther-Universität. Vgl. UAH, Personal- und Vorlesungsverzeichnisse 1947ff.

²⁴ Vgl. Hermann-Josef Rupieper (Hg.): Erinnerungen an die Martin-Luther-Universität 1945-1989. Eine Diskussion mit Zeitzeugen, Halle/Saale 1997, S. 41f.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 47ff.

²⁶ Rupieper, Wiederaufbau, S. 107.

²⁷ Ursachen wie die steigende Anzahl der Arbeiterkinder unter den Studierenden, administrative Strukturen, aber auch die Unterstützung durch die SMA sorgten dafür, daß auf lange Zeit jeder ernstzunehmende Widerstand zwar nicht ausgeschaltet, aber mit den nötigen Mitteln unterbunden werden konnte.

a) *Die Studienreform*

Seit 1951 waren dem Rektor vier Prorektoren zur Seite gestellt, die zu „seiner Entlastung“ jeweils an der Spitze eines Prorektorats für das nunmehr obligatorische „gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium“, für „Forschungsangelegenheiten“, für die „wissenschaftliche Aspirantur“ und für „Studentenangelegenheiten“ verantwortlich waren.²⁸ Wie schon erwähnt, war es das eigentliche Ziel der Hochschulreform, das Studium so weit wie möglich den Erfordernissen der Partei und der „Arbeiter- und Bauernmacht“ anzupassen. Dazu gehörte die ideologische Schulung der zukünftigen Elite des Landes, die durch sogenannte Grundvorlesungen zum Marxismus-Leninismus für das erste und zweite Studienjahr „abgedeckt“ wurde. Ihnen wurde eine große Bedeutung beigemessen; die Ergebnisse der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer gingen zu gleichen Anteilen wie die Hauptstudienfächer in die Gesamtnote der Zwischenprüfung bzw. der Examenprüfung ein. Kein Geheimnis ist, daß gute gesellschaftswissenschaftliche Kenntnisse bzw. hohes Engagement bis in die Endphase der DDR eine höhere Laufbahn beförderten. Der plötzlich hohe Anteil an ideologisch ausgerichteten Lehr- und Lerninhalten und das Pflichtfach Russisch stießen nicht überall auf Begeisterung. Mitverantwortlich dafür waren vermutlich die Erfahrungen der deutschen Bevölkerung mit der sowjetischen Besatzungspraxis, in der Vergewaltigungen und Plünderungen 1945/46 an der Tagesordnung waren. Der „braunen“ Diktatur gerade erst entkommen, stand man der sozialistischen Indoktrination möglicherweise auch skeptisch gegenüber.²⁹

Als ein besonders vehementer Kritiker der Studienreform kann der Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Hans Gallwitz gelten, dessen Fall – im doppelten Wortsinn – die Situation an der Universität einerseits und den Umgang der Parteikader mit Kritikern andererseits verdeutlichen kann. In einem Brief an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom März 1952 listete Gallwitz die durchweg negativen Auswirkungen der Umgestaltung für seinen Fachbereich auf.³⁰ Er betonte den immensen zusätzlichen Arbeitsaufwand der Studierenden, wollten jene die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer mit vergleichbar guten Noten wie in den Hauptstudienfächern bestehen. Gute Ergebnisse wiederum waren aber für den Erhalt eines Leistungsstipendiums und die Befreiung

²⁸ Vgl. Timm, Universität, S. 93.

²⁹ Dieser Erklärungsversuch muß vorzugsweise für die Älteren gelten, die jüngere Generation, geboren ab ca. 1920, hat nach den Schrecken des Krieges die neue Entwicklung teilweise als den einzig möglichen Ausweg begrüßt. Vgl. u.a. Christa Wolf: Kindheitsmuster, Berlin (Ost) 1976; vgl. Franz Fühmann: Die Nelke Nikos, Berlin (Ost) 1953.

³⁰ Vgl. UAH, Rep. 7, Nr. 809, Bl. unpag. Gallwitz an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, 5.3.1952.

von Studiengebühren unerlässlich. Eine derart „negative Auslese der Studierenden“ könne, so Gallwitz, „nicht der Industrie dienen, die vollwertige Wissenschaftler und Techniker zur Erfüllung des 5-Jahrplanes benötigt“.³¹ Alternativ schlug er eine entweder beschränkte Behandlung des Fachs Marxismus-Leninismus für die ersten beiden Studienjahre oder die Herabsetzung der Bewertung dieses Fachs gegenüber den naturwissenschaftlichen Prüfungsfächern vor. Die Bedürfnisse der Studenten kannte Gallwitz offenbar gut. In einer aufgrund dieser Querelen einberufenen Studentenversammlung wurde der anwesende Vertreter des Staatssekretariats, Bückner, mit der gar nicht im Sinne des „Arbeiter- und Bauernstaates“ übereinstimmenden Feststellung der Studenten konfrontiert, daß die marxistisch-leninistischen Vorlesungen die „persönliche Freiheit einschränken“.³² Die Studierenden forderten zudem nicht nur den Marxismus-Leninismus, sondern eine objektive Behandlung aller Richtungen der Philosophie in den Vorlesungen.³³ Bei der Versammlung muß es zu – zumindest verbalen – Entgleisungen durch einige Studenten gekommen sein, denn das Staatssekretariat nahm Anstoß an den „nicht-akademischen Formen“ des Gesprächs.

Die daraufhin gewährte mündliche Zusage Bückners an Gallwitz, die Vorlesungen in Marxismus-Leninismus auf die Abendstunden zu verlegen, damit die fachwissenschaftlichen Großpraktika durchgeführt werden könnten, bestritt dieser später.³⁴ Hans Gallwitz wurde aufgrund seines Engagements zum „Objekt“ verdeckter polizeilicher Ermittlungen³⁵ und, wie ein Schreiben des Prorektors Prof. Leo Stern an das Zentralkomitee der SED vom 8. April 1952 dokumentiert, war ihm die kommunistische Führungselite keineswegs mehr wohlgesonnen: „Bei dem Dekan Gallwitz handelt es sich um einen Hochschullehrer, der ständig gegen die Studienreform gearbeitet hat und jetzt bereits zu mehr oder weniger massiven Angriffen übergeht, indem er sich zum Sprecher aller irgendwie gegen die Studienreform gerichteten Tendenzen macht.“³⁶

Daß sich Gallwitz in einem Schreiben an das Staatssekretariat öffentlich den Protesten der Rostocker Professoren anschloß, die eine Überarbeitung der Studienreform forderten,³⁷ daß sich die Dekane Hans Ahrbeck (Erziehungswissenschaftliche Fakultät), Friedrich Winkler (Medizinische Fakultät), Karl Schmalfuß (Landwirtschaftliche Fakultät) und Hans Gallwitz in einem Einschreiben gegen die Errichtung einer zentralen

³¹ Ebenda.

³² Ebenda, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 9.5.1952

³³ Vgl. ebenda.

³⁴ Vgl. ebenda.

³⁵ Vgl. ebenda, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 1.4.1952

³⁶ UAH, Rep. 7a+b Nr. 75, Bl. unpag. Leo Stern an das ZK der SED, Abt. Propaganda, 8.4.1952.

³⁷ Vgl. UAH, Rep. 7 Nr. 809, Bl. unpag. Schreiben an das Sekretariat vom 24.4.1952.

Beschaffungsstelle für Lehr- und Forschungsmittel aussprachen, vermuteten sie doch eine Einschränkung der Autonomie sowie eine Zunahme der Bürokratie,³⁸ spitzte die Situation nur noch weiter zu, die durch die Gerüchte über die Verhaftungen von Studenten vollends zum internen Eklat geriet.

b) Studentenverhaftungen

Im Frühjahr 1952 hatte die Flüsterpropaganda über die Verhaftung einiger Studenten zugenommen. Friedrich Winkler, Dekan der Medizinischen Fakultät, wandte sich deshalb am 13. März schriftlich an Rektor Rudolf Agricola und bat um Aufklärung über den Verbleib der Studenten Zinke und Lübke, die nach Aussagen von Kommilitonen durch sowjetische und deutsche Polizei verhaftet worden waren.³⁹ Die Ereignisse, so Winkler, „sorgen für große Unruhe unter der Studentenschaft.“ Von Hans Gallwitz stammte ein Schreiben in ähnlicher Angelegenheit: Im Fachbereich Geographie wurden seit Mitte März die Studenten Schmalke und Karger vermißt, deren Verschwinden für erheblichen Aufruhr in der Studentenschaft gesorgt habe. Für den 1. April beriefen die Dekane Prof. Gallwitz (Naturwissenschaftliche Fakultät), Prof. Schmalfuß (Landwirtschaftliche Fakultät), Prof. Winkler (Medizinische Fakultät), Prof. Ahrbeck (Erziehungswissenschaftliche Fakultät) und Prof. Lehmann (Theologische Fakultät) deshalb eine außerordentliche Senatssitzung ein, „um die Maßnahmen zu beraten, die für die Aufklärung zur Beruhigung der Angehörigen der Universität geeignet sind.“⁴⁰

Diese Senatssitzung wurde zur Bühne für verbale Vorwürfe gegen das „eigenmächtige“ Vorgehen dieser Professoren. Prorektor Leo Stern, der den erkrankten Agricola vertrat, klärte die Anwesenden in seiner gut halbstündigen Rede nicht nur über die wegen Spionageverdachts verhafteten Studenten Lübke, Zinke, Schwalke und Karger auf. Seine Rede muß zweifellos auch als Angriff gegen die Petition und ihre Unterzeichner interpretiert werden. Die Vorwürfe gegen jene fünf Dekane, so haltlos wie ideologisch überfrachtet, dokumentieren, wie man mit unliebsamen Forderungen nach Auskunft umzugehen begann. Die Eingabe als solche galt schon als „Grenzüberschreitung“,⁴¹ und, so der Prorektor: „Anstatt die Organisation zu unterstützen ..., und [dem] Staat und [der] Regierung bei der Verwirklichung ihrer Ziele tatkräftig zur Hand zu gehen, werden verschiedene Mitglieder des Lehrkörpers, Dekane zumal, deren subjektive

³⁸ Ebenda, Bl. unpag. Einschreiben vom 13.3.1952 an das ZK (Stellenplankommission).

³⁹ Vgl. ebenda, Bl. unpag. Schreiben Winklers vom 13.3.1952 an den Rektor.

⁴⁰ Ebenda, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 1.4.1954.

⁴¹ Grenzüberschreitung deshalb, so der Prorektor, weil die „Festnahme nicht in allen Fällen bekannt gegeben [werden könne], um den Stand der Ermittlungen nicht zu gefährden.“ Ebenda, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 9.4.1952.

Ehrlichkeit nicht angezweifelt werden soll, zu Förderern dieser destruktiven staatsfeindlichen Elemente.“⁴² Die SED-Kader fühlten sich also allein durch die Forderung der Dekane nach Aufklärung angegriffen und gingen zum Gegenangriff über: Es sind die Hochschullehrer und Dekane, die sich zuerst fragen müßten, ob sie „ihrer erzieherischen Aufgabe nachgekommen“ sind. Mit diesem rhetorischen, wiewohl ernstgemeinten Schachzug wurden die Professoren mitverantwortlich gemacht für die „staatsfeindlichen Handlungen“ der Studenten – als solche galten bereits illegale Grenzübertreitte nach oder „Devisenschmuggel“ von Westberlin.

Prorektor Stern ging noch einen Schritt weiter. Unter Berufung auf die polizeilichen Organe müsse man das „Unruhepotential“ in bestimmten Fakultäten suchen: Denn „warum haben nur vier und nicht alle neun Fakultäten Eingaben gemacht? Warum finden wir regelmäßig Verhaftungen aus der naturwissenschaftlichen, [der] medizinischen und [der] landwirtschaftlichen Fakultät?“ „Warum“, so sei zu fragen, „bestünde überhaupt Unruhe, wo doch Studenten verhaftet werden.“ Das Protokoll der Sitzung zeigt zweierlei. Zum einen wurde den Dekanen sehr deutlich gezeigt, daß Nachfragen dieser Art nicht mehr in ihren „Zuständigkeitsbereich“ fielen, zum anderen muß den Dekanen damit einmal mehr ihr enger Aktionsradius bewußt worden sein, lenkten doch alle schnell ein. Lediglich Gallwitz wehrte sich nachträglich gegen die Verleumdungen: „Sie haben Unausgesprochenes aus unserer Eingabe herausgelesen, nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, sondern den Ruf der Universität unantastbar zu machen“ war deren Ziel.⁴³ Er war auch derjenige, der sich für seine Parteinahme für die Rostocker Petition zur Revision der Studienreform und für seine Eingabe beim Staatssekretariat vor dem Senat verantworten mußte.⁴⁴ Die aktenkundig festgehaltenen Angriffe gegen seine Person spiegeln in bemerkenswerter Weise die emotional hochgespannte Atmosphäre an der Universität und die Struktur einer rational schwer faßbaren Diffamierungsrhetorik wider. Der Professor, der Studenten mittlerweile warnte, „mit Fremden mitzugehen“,⁴⁵ wurde für sein eigenmächtiges, sein „außerhalb von geltenden juristischen Regeln“ bestimmtes Handeln gerügt. Denn als das Gesetz aller Gesetze galt das einmütige und geschlossene Vorgehen in jeder Angelegenheit.

Das probate Mittel seiner Gegner war die persönliche Herabsetzung. Zuerst wurden die in seiner Eingabe verwendeten Begrifflichkeiten „analysiert“ und mit dem Vokabular eines Goebbels (!) verglichen. In einem nächsten Schritt wurde die Bittschrift plötzlich im ganzen als „psychologische Fehlleistung“ gebrandmarkt. Gallwitz hatte zwar von „der

⁴² Ebenda.

⁴³ Vgl. ebenda, Bl. unpag. Schreiben des Dekan Gallwitz vom 6.5.1952 an den Prorektor.

⁴⁴ Vgl. ebenda, Bl. unpag. Stellungnahme zur Entschließung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät vom 6.5.1952 vor dem Akademischen Senat, 9.5.1952.

⁴⁵ Ebenda, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 9.5.1952.

großen Unruhe aller Beteiligter“ gesprochen, in den Augen Sterns war dieses Solidarisierungsbekunden jedoch nur der Ausdruck einer kleinen Gruppe von „Kollegen, die große Könner auf ihrem Fachgebiet [sind], doch keineswegs Politiker, die die ganze Tragweite der in ihrer Entscheidung unternommenen Schritte überblicken können.“⁴⁶ Dieser Verweis auf den Zuständigkeitsbereich der Wissenschaftler, nämlich ihr Fachgebiet, kommt einer Entmündigung gleich, die politisch-gesellschaftlich eigenständiges Verhalten ausschloß. Auch Gallwitz, von niemandem unterstützt, mußte sich schließlich „im gegenseitigen Einvernehmen“ fügen.⁴⁷

Wie versuchten die fünf Professoren nun den schwelenden Konflikt zu lösen? Friedrich Winkler schlug vor, die Vorfälle über die Studenten an die Öffentlichkeit zu bringen, auch Hans Ahrbeck setzte sich für eine „Publikmachung in den Fakultätssitzungen“ ein. Diese Vorschläge fand der Prorektor hingegen gänzlich ungeeignet, denn „in unserer Zeitung findet man niemals Sensationen, [die Angelegenheit ist] komplex und in ihrer ganzen Natur nicht geeignet, in die Öffentlichkeit gebracht zu werden.“⁴⁸ Daß die Vorfälle um die Verhaftung „krimineller Elemente“ geheimgehalten werden mußten, zeigt, daß man nichtkonforme Kräfte zwar ausschalten, ihre Existenz bzw. ihren Verbleib aber weder den Studenten noch der breiten Bevölkerung gegenüber zugeben konnte. Letztendlich wurde nur eine Kommission unter Vorsitz des politisch unbedenklichen Dekans Eugen Häusler (SED) geplant, die unter Mitarbeit von Ahrbeck, Winkler, Hartwig und Lehmann eine Resolution entwerfen sollte. Eine Bewertung dieser erschien im SED-Regionalorgan „Freiheit“ als Randnotiz unter der Überschrift „Professoren geloben Besserung“.⁴⁹

Die Bilanz nach den Vorfällen erscheint aus heutiger Sicht prekär. Es habe, so Stern, für Dozenten wie Studenten eine „moralische Katharsis“ stattgefunden, die allen Beteiligten wahrhaftig „die Grenze zwischen dem was gut und böse ist“, gezeigt hätte. Sein Appell ging an „[die] Professoren und Dozenten als Erzieher [der] ihnen anvertrauten Jugend, [die] die Studenten nicht in genügendem Maße zur Wahrung der Gesetzlichkeit und zu einem wahrhaft demokratischen Patriotismus erzogen [haben]. Aufgabe aller Lehrkräfte [muß] es sein, eindeutigen Wandel zu schaffen.“ Hatten einige Studenten die Vorgehensweise des Staatssicherheitsministerium mit der Arbeit der Gestapo verglichen, so findet Stern lobende Worte für „die offene, rückhaltlose Sprache der zuständigen Staatsstellen bei Auskünften zur Festnahme von Studenten“, die das Vertrauen in die staatlichen Behörden gefestigt hätten.⁵⁰

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Vgl. ebenda.

⁴⁸ Ebenda, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 9.4.1952.

⁴⁹ Vgl. Freiheit, 7. Jg., 15.5.1952, S. 5.

⁵⁰ Vgl. UAH, Rep. 7, Nr. 809, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 9.4.1952.

IV. *Aushängeschild des Sozialismus: 450 Jahre Martin-Luther-Universität*

„Gestaltet die 450-Jahr-Feier zu einem Beitrag im Kampf um Einheit, Frieden, Demokratie und Sozialismus!“⁵¹

Im Rückblick auf die 450-Jahr-Feier wertete Harald Schulz 1988: „Wenn die Alma Mater Halensis et Vitebergensis dennoch die erste Universität der DDR war, die ihr Jubiläum in bewußter Absicht sozialistischer Traditionspflege beging, so geht dies maßgeblich auf das Wirken Leo Sterns zurück.“⁵² In der Tat wurde der 1950 auf den Lehrstuhl für Neuere Geschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung berufene Stern zum eigentlichen „Motor“ der Jubiläumsfeierlichkeiten. Das Wissen, das Organisationstalent des bekennenden Kommunisten, seine internationalen Kontakte in das westliche wie östliche Ausland waren für den gewaltigen Organisationsaufwand ein unschätzbare Vorteil, den der erkrankte Rektor Agricola nicht hätte bieten können.

a) *Vorbereitungen*

Am 18. April 1952 fand die erste Senatssitzung statt, bei der in Anwesenheit eines Vertreters des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen, des Abteilungsleiters Kippenhahn (SED), über die organisatorischen Fragen der Vorbereitungen und über den „Charakter der Feier“ diskutiert wurde.⁵³ Sterns Anliegen war es außerdem, anlässlich des Festes einen Sammelband herauszugeben, der sich in ca. sechzig Aufsätzen mit der Geschichte der Universität Halle-Wittenberg beschäftigen sollte.

Zunächst wurde um Zuständigkeitsfragen gestritten. Die Dekane, die annahmen, daß das Staatssekretariat „die Feier im großen und ganzen in die Hand nehmen würde“, wurden von Rektor Agricola aufgeklärt, daß die Feier, wenn sie gelingen sollte, von der gesamten Universität getragen werden müsse.⁵⁴

Die Rolle des Staatssekretariats bei den Vorbereitungen blieb insgesamt undurchsichtig und war, wie die Auswertungsveranstaltung zeigte, nicht immer ganz produktiv. Als Geldgeber – das Staatssekretariat trug die

⁵¹ Vgl. UAH, Rep. 7 a+b, Nr. 80. „Reflektor“, Zeitung der MLU, H. 1, 11.10.1952, S. 12.

⁵² Harald Schulz: Leo Sterns wissenschaftliche und politische Verdienste bei der sozialistischen Umgestaltung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, unveröffentlichte Dissertation, Halle/Saale 1988, S. 61. Die etwas pathetisch anmutende Personifizierung der Universität ist der Sprache der DDR-Historiographie geschuldet. Freilich war das Jubiläum einfach nur das erste nach den Kriegsjahren auf gesamtdeutschem Boden.

⁵³ Vgl. UAH, Rep. 7, Nr. 809, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 18.4.1952.

⁵⁴ Vgl. ebenda.

Kosten für die Veröffentlichung der Herausgabe der Matrikel – und als Kontrollinstanz aus Berlin wollte und sollte es in strittigen Fragen die Entscheidungen treffen. Den Akten nach scheint es, daß die von der Universität gebildeten Ausschüsse gern unabhängig gearbeitet hätten und eine Einmischung staatlicher Stellen in ihre Arbeit aus organisatorischen Gründen (!) hatten verhindern wollen. Gallwitz und Stern plädierten dafür, „die Stadt und den Oberbürgermeister erst bei der unmittelbaren Vorbereitung einzubeziehen.“ Das Staatssekretariat unterband eine allzu große Unabhängigkeit der Universität jedoch mit dem Argument, daß die Regierung, wenn sie das Jubiläum finanziere, auch in alle organisatorischen Arbeiten einbezogen werden müsse.⁵⁵

Für die Vorbereitungen plante man die kommenden sechs Monate ein.⁵⁶ Um die Studenten und technischen Mitarbeiter in die Vorbereitungen zu integrieren, wurde ein Organisationsausschuß gebildet, dem die Professoren Heinrich Funk und Eugen Häusler, der Verwaltungsdirektor der Arbeiter- und Bauernfakultät, Heinz Kursitzka (SED), sowie jeweils ein Vertreter der Fakultäten, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der FDJ-Hochschulgruppe angehören sollten. Ein zweiter Ausschuß, der Redaktionsausschuß, vertreten durch die Professoren Kurt Aland, Werner Rothmaler, Hans Hartwig sowie den Leiter der halleschen Bibliotheken, Dr. Ehrhardt Selbmann, sollte sich mit allen Fragen zur Herausgabe des Sammelbandes beschäftigen. Leiter beider Komitees wurde aufgrund der Erkrankung von Rektor Agricola Prorektor Stern. Der Organisationsausschuß stellte ein Jubiläumsprogramm zusammen, das von wenigen Zeitplanänderungen abgesehen, wie geplant durchgeführt wurde.⁵⁷

Ein Ziel des Jubiläums sollte es sein, die Verbundenheit zwischen werktätigen Schichten und wissenschaftlichem Universitätsbetrieb zu bekräftigen. In der Festwoche sollten deshalb auch der Öffentlichkeit die Forschungsergebnisse der einzelnen Fakultäten zugänglich gemacht werden. Unter dem großen Thema „Der schwerhörige Mensch einst und jetzt“ wurden Mediziner aus der gesamten Republik gebeten, allgemeinverständlich über die Ursachen und die neueren Behandlungsmöglichkeiten der Krankheit zu sprechen. Die Vorlesungen der anderen Fakultäten sollten während der gesamten Festwoche vom 20. bis 25. Oktober 1952 abgehalten werden.

Zu einer sehr viel heikleren Angelegenheit wurde die Diskussion um den „Charakter der Feier“. Die DDR-Historiographie umriß das Problem folgendermaßen: „Den Versuche der Theologischen Fakultät und der evangelischen Kirchenkreise in Wittenberg, die 450-Jahrfeier primär als eine theologisch-religiöse Angelegenheit zu betrachten und von der Traditions-

⁵⁵ Vgl. ebenda.

⁵⁶ Vgl. ebenda.

⁵⁷ Vgl. ebenda.

pflüge abzukoppeln, wurde unter berechtigter Wahrung der Interessen dieser Kreise wirksam begegnet.“⁵⁸ Der Streit um den Stellenwert der theologischen Tradition für das Jubiläum kann als paradigmatisches Beispiel der gewaltigen Anstrengungen des SED-Regimes betrachtet werden, den Einfluß der Kirchen zu minimieren. Für die evangelischen Kirchen der DDR und die Theologische Fakultät der Universität war das Jubiläum ein Fest, in dessen Mittelpunkt der Ort Wittenberg stehen sollte, wurde die Universität doch dort 1502 durch Friedrich den Weisen gegründet. Kurt Aland, Professor für Kirchengeschichte, setzte sich in der Senatsitzung im Namen der Theologischen Fakultät deshalb dafür ein, den Auftakt des Jubiläums am 18. Oktober 1952 in Wittenberg zu veranstalten. Nicht nur, daß ein Teil der von der Theologischen Fakultät geladenen Gäste es ablehnte, nach Halle zu kommen, auch mit dem Namen der Universität, Martin Luther, assoziiere man, so Aland, Wittenberg.⁵⁹ Der Streit um die Frage, in welcher Stadt man mit den Feierlichkeiten beginnen sollte, ist zugleich deren Beantwortung: Welcher Stadt von der fusionierten Universität Halle-Wittenberg maß man in der DDR die größere Priorität bei? Daß dies nicht Wittenberg, der Ort der Reformation, sein könne, stand für die SED-getreuen Organisatoren fest. Prorektor Rothmaler hielt Aland auch unverzüglich entgegen, daß Halle nach der Schließung der Universität in den Napoleonischen Kriegen eine „Auffangstation für die Universität Wittenberg“ gewesen sei, und daß aufgrund der Verschmelzung der Universitäten im Jahre 1817 die Stadt Halle der Stadt Wittenberg vorzuziehen sei. Die Feierlichkeiten am Sonntag würden aber für Wittenberg reserviert bleiben.⁶⁰ Dieser Auffassung schlossen sich der Vertreter des Staatssekretariats und der Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Werner Liebau, an. Letzterer wollte die politische Linie festgelegt wissen, denn das Jubiläum stünde beispielhaft für die Wahrung des Kulturerbes und habe die „politische Aufgabe, an einer neuen Gesellschaftsordnung“ mitzuarbeiten.

Prorektor Stern faßte die gegnerischen Argumente spitzzünftig zusammen: „Ich glaube, in der Themengestaltung dem legitimen Anspruch der Theologischen Fakultät dadurch Rechnung getragen zu haben, daß eine ganze Reihe von Themen namentlich dieser spezifisch theologischen Seite gewidmet sind.“ Es wären aber die „acht Fakultäten sehr weltlicher Natur“, die eine Kompromißlösung und „gut nachbarliche Abgrenzung“ erzwingen würden. Dem Vorschlag Rothmalers zustimmend, wies Stern im übrigen darauf hin, „daß wir [nicht] die letzte Instanz sind, die dies entscheiden kann und wird.“⁶¹ Da helfe auch Alands Hinweis nichts, daß „Halle bekannt

⁵⁸ Vgl. Schulz, Leo Sterns, S. 62.

⁵⁹ UAH, Rep. 7, Nr. 809, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 18.4.1952.

⁶⁰ Vgl. ebenda.

⁶¹ Ebenda, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 18.4.1952.

ist für praktische Schwierigkeiten“. Die Theologische Fakultät könne sich in der Folge den „höheren Erwägungen nicht verschließen“ und lediglich darauf hinweisen, daß aufgrund des Gottesdienstes am Vormittag in der Stadtkirche die Universitätsfeier erst am frühen Nachmittag in Wittenberg durchgeführt werden könne.⁶²

Daß Aland nach wie vor von der besonderen Bedeutung Wittenbergs überzeugt war, zeigt seine anlässlich des Jubiläums in der Stadtkirche zu Wittenberg gehaltene Rede, die den SED-Funktionären ein Dorn im Auge gewesen sein muß.

„Heute sind wir hier versammelt, um der Universität Wittenberg zu gedenken. Wir tun es an der historischen Stätte, an welcher vor 450 Jahren die Arbeit der Universität eröffnet wurde. Wieder hat, wie damals, die Theologische Fakultät das Wort und wir meinen mit Recht, wenn der Name der Universität in aller Welt ein Begriff ist, so ist dieser Ruhm begründet durch die Wittenberger Theologische Fakultät...“⁶³

Der gesamte Festvortrag, der für eine Veröffentlichung bestimmt war, wurde nachweisbar analysiert und kritisiert. Es ist zu vermuten, daß die nachfolgenden Beanstandungen aus der Feder Sterns, des Vorsitzenden des Redaktionsausschusses, stammen, ganz sicher ist es aber nicht zu bestimmen, da in den Akten kein Autorennamen vermerkt ist. Der Rede Alands wurde vorgehalten, „durchgehend das Primat der Theologie“ bzw. gar eine Gleichstellung von Theologischer Fakultät und Gesamtuniversität zu behaupten. Aland hatte in seiner Rede den Verfall des Universitätsgebäudes in Wittenberg zum Thema gemacht, und – nicht programm- und ideologiegemäß – den Einfluß des säkularen Humanismus auf die Universität als „recht primitiv“ und „beinahe rückschrittlich“ bewertet. Kritisiert wurde sogar die Schreibweise Alands, die die Theologische Fakultät in Kapitalbuchstaben setzte, bei den philosophischen, medizinischen oder juristischen Fakultäten hingegen die Kleinschreibung beibehielt.⁶⁴ Man darf vermuten, daß sich hinter seiner Zeichensetzung eine subtile Auflehnung gegen die oktroyierte kommunistische Weltanschauung verborgen hat. Mit welchen Mitteln aber wurden die Gefechte geführt? Eine Zensur, die selbst auf solche Marginalien empfindlich reagierte, stellte das einmütige Bekenntnis zum Sozialismus als (noch) unsichere Existenz bloß. Wie schon bei den Auseinandersetzungen um die Studienreform zeigt sich auch hier, daß in

⁶² Vgl. ebenda. Der Gottesdienst muß ausgefallen oder in eine andere Kirche verlegt worden sein. Die Universitätsfeier fand am 19.10.1952 um 11.00 Uhr in der Stadtkirche zu Wittenberg statt. Vgl. UAH, Rep. 7a+b, Nr. 80. Programm für die 450-Jahr-Feier der MLU.

⁶³ Ebenda, Nr. 81, 450-Jahrfeier der MLU, Festvortrag Prof. Aland.

⁶⁴ Vgl. ebenda, Nr. 84a. Zum Inhalt des Festvortrages von Aland.

den frühen Fünfziger Jahren durchaus noch unterschiedliche Meinungen und Konzepte zu vernehmen waren.

Offiziell stand die vorzubereitende Festwoche, zu der ca. 1.000 Gäste erwartet wurden, ganz im Zeichen des „Kampf[es] um die Wiederherstellung nationaler Einheit Deutschlands und für [die] Verteidigung des Weltfriedens“. Ein Bericht über die Vorbereitungen zur 450-Jahrfeier listet die geladenen Gäste auf, die gewissermaßen als Rangfolge gelten kann. Es wurden selbstverständlich die Vertreter des Staates eingeladen. Offensichtlich maß man auch der Anwesenheit westdeutscher Gäste eine besondere Bedeutung bei, denn jene – sämtliche Rektoren aller westdeutschen Universitäten waren eingeladen worden – rangierten in der Nennung, und das betrifft eine Vielzahl der Akten zum Jubiläum, immer vor den geladenen Gästen aus den Volksrepubliken.

Auch die wissenschaftliche Elite der DDR hatte man mit Einladungen bedacht: generell alle Rektoren und Prorektoren der Universitäten der DDR, die Direktoren aller Hochschulen, den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, die Nationalpreisträger, insbesondere „Verdiente Lehrer“ und „Verdiente Ärzte des Volkes“, „Helden der Arbeit“ und Aktivisten. Außerdem versandte man Einladungen an die Professoren der heimischen Universität, etliche Dozenten sowie Vertreter der Studierenden wurden für einzelne Veranstaltungen ebenso bedacht.⁶⁵

b) Das 450-jährige Jubiläum der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Die offizielle 450-Jahr-Feier der Martin-Luther-Universität begann am 17. Oktober 1952 mit der „feierlichen Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zwischen den Leunawerken Walter Ulbricht“ und der halleschen Universität im „Clubhaus“ der Leunawerke. Als großer Tag galt indes jedoch der 18. Oktober, für den der Wetterbericht nach dunstigen Morgenstunden wechselnde oder geringe Bewölkung mit Tagestemperaturen um die 12° C angekündigt hatte.⁶⁶ Die Teilnahme Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls an den Feierlichkeiten verhinderte der XIX. Parteitag der KPdSU in Moskau. Als Vertreter des Staates waren deshalb Paul Wandel (SED) in seiner Funktion als Leiter der Koordinations- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst anwesend, dem anlässlich des Jubiläums sogar die Ehrendoktorwürde zuerkannt wurde. Elisabeth Zaisser (SED) als amtierende Ministerin für Volksbildung und der stellvertretende Ministerpräsident Otto Nuschke (CDU) waren ebenso zugegen wie der Staatssekretär für Hochschulwesen, Prof. Dr. Gerhard Harig (SED), der sich maßgeblich für die Einführung des marxistisch-leninistischen Grundstudiums als Pflichtfach eingesetzt hatte. Mit

⁶⁵ Vgl. ebenda, Nr. 80. Bericht über die 450-Jahr-Feier.

⁶⁶ Vgl. Neues Deutschland. Zentralorgan der SED, 7. Jg., Nr. 245, 17.10.1952, S. 6.

Abordnungen aus den Leuna-Werken „Walter Ulbricht“, aus dem Chemischen Werk Buna, aus der Waggonfabrik Ammendorf, aus dem VVB Fahlberg-List sowie der Filmfabrik Agfa Wolfen waren wichtige lokale Industriebetriebe in die Feierlichkeit einbezogen, wollte doch die Universität ihre „Verbundenheit zur werktätigen Bevölkerung“ demonstrieren.

Auch die geladene akademische „Creme de la creme“ der Hochschulen und Akademien der DDR war vollzählig anwesend. Von den 70 geladenen westdeutschen Professoren waren hingegen lediglich 20 erschienen.⁶⁷ Die Liste der ausländischen Gäste liest sich in geographischer Hinsicht etwas bunter: Die Akten vermerken neben einem Gast aus England drei Vertreter aus Polen, einen Abgesandten aus der Sowjetunion, zwei Gäste aus der Tschechoslowakei, einen Teilnehmer aus Ungarn, zwei Besucher aus Rumänien und einen Anwesenden aus dem fernen China. Alle Professoren aus den „Volksdemokratien“ wußten für die gesamte Dauer ihres Aufenthaltes einen Betreuer an ihrer Seite, der neben Übersetzungstätigkeiten vermutlich dafür sorgte, daß der ausländische Gast zu genau den Veranstaltungen gelangte, die für ihn vorgesehen waren. Durch die Akten des Organisationsbüros, das den Überblick über die Teilnehmer behielt, wissen wir außerdem, daß neun westdeutsche Studenten, 30 eigens aus der gesamten Republik angereiste Beststudenten sowie 100 hallesche Dozenten, Studenten und Angehörige der Belegschaft an den unmittelbaren Veranstaltungen teilnehmen durften.⁶⁸ Über den für morgens um 9.30 Uhr angesetzten Auftakt am 18. Oktober 1952 soll das hallesche SED-Blatt „Freiheit“ zu Wort kommen:

„Noch liegt Nebel über den Straßen, doch schon herrscht vor dem festlich geschmückten Universitätsgebäude ein reges Leben und Treiben. Unablässig fährt Wagen auf Wagen mit den Gästen vor dem Portal vor. Aus unserer Hauptstadt Berlin sind sie gekommen, um diesem großen Ereignis beizuwohnen. Bunt und vielfältig ist das Bild der Zuschauer. Studenten in blauen FDJ-Blusen, Sportlerinnen und Sportler der HSG [Hochschulsportgemeinschaft] Wissenschaft, aber vor allem unsere Werktätigen grüßen ihre Universität.

⁶⁷ Namentlich genannt sind Herr Prof. Gerstenberg (Würzburg), Frau Prof. Kast (Krefeld), Herr Prof. Ludwig und Herr Prof. v. Rad (Heidelberg), Herr Prof. Helt (Erlangen), Frau Prof. Münden und Frau Dr. Kabelitz (Benzheim), Herr OB Dr. Schön und Oberstudienrat Dr. Hellfrich (Schweinfurt), Herr Dr. Stauffer (Erlangen), Herr Prof. Sprockhoff und Herr Prof. Rendtorff (Kiel), Herr Prof. Eltester (Marburg), Herr Prof. Elliger (Tübingen), Herr Prof. Zimmerli und Herr Prof. Jeremias (Göttingen), Herr Prof. Jacobs (Münster), Herr Prof. Bizer (Bonn) und Herr Prof. Rapp (Mainz) sowie Herr Generalsuperintendent Krummacher (Berlin Weißensee). Vgl. UAH, Rep. 7a+b, Nr. 80, Bl. unpag. 450-Jahrfeier.

⁶⁸ Vgl. ebenda.

Auf der großen Freitreppe steht neben dem Professor der Kumpel in seiner schmucken Bergmannstracht. Stolz trägt er das Aktivistenabzeichen. Er weiß, daß er mit seinen Leistungen dazu beiträgt, daß unsere Arbeiter- und Bauernkinder sorglos studieren können, und er weiß, daß unsere Wissenschaftler dafür sorgen, daß er in Zukunft noch mehr und noch besser schaffen kann. Hier zeigt sich die Verbundenheit unserer Arbeiter und Bauern mit unserer Intelligenz ... Inzwischen ist der große Augenblick gekommen. Die Spitze des Festzuges bilden die Halloren in ihren bunten Festtrachten. Durch das Portal schreiten der Prorektor, Prof. Dr. Stern, nach ihm die Rektoren der Universitäten der DDR mit dem Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften Berlin, Nationalpreisträger Prof. Dr. Walter Friedrich, gefolgt von den Dekanen, den Professoren und Dozenten der einzelnen Fakultäten in ihrer festlichen Amtstracht. Begeistert werden sie von unseren Hallensern begrüßt. ... Die 450-Jahr-Feier unserer Universität ist eröffnet. Stolz können wir Hallenser sein, daran teilzunehmen. Aber dieses Ereignis ist nicht nur für unsere Stadt von großer Bedeutung, sondern es ist von nationaler und internationaler Bedeutung, denn die fortschrittliche Wissenschaft trägt dazu bei, den Gedanken der Einheit und der Völkerfreundschaft zu festigen.⁶⁹

Der Festzug setzte sich zum „Theater des Friedens“ in Bewegung. Dort fand um 10.00 Uhr ein Festakt statt, bei dem die Rektoren nach der Begrüßungsansprache die Glückwünsche der ausländischen Delegationen, der Universitäten, der Akademien usw. entgegennehmen durften. Die für dieses Ereignis übrig gebliebenen Veranstaltungskarten waren übrigens an die Studenten verteilt worden.⁷⁰

Als einen Beitrag zur Würdigung des Jubiläums brachte die Deutsche Post eine Sondermarke im Wert von 24 Pf. heraus, auf der das Wittenberger Universitätsgebäude abgebildet war. Sie hatte außerdem zwei Sonderstempel und ein Sonderblatt des halleschen Universitätsgebäudes mit der Aufschrift „Wir lehren, lernen und kämpfen für den Frieden“ anfertigen lassen. Noch am Mittag wurde das erste moderne, fahrbare Postamt eingeweiht.⁷¹

Am Nachmittag des 18. Oktobers fand im „Haus der Kultur A. S. Puschkin“ der Regierungsempfang statt. Etwa 200 Personen folgten der Einladung des Staatssekretariats, das „einzig und allein für die Organisation verantwortlich“ zeichnete.⁷² Gerade bei dieser Veranstaltung – und das gilt auch für alle weiteren Empfänge – zeigte sich der offizielle und

⁶⁹ Freiheit, 7. Jg., Nr. 244, 20.10.1952, S. 8.

⁷⁰ Vgl. UAH, Rep. 7a+b, Nr. 80, Bl. unpag. Bericht über die 450-Jahr-Feier.

⁷¹ Vgl. ebenda, Nr. 83, Bl. unpag. Die Festtage der Universität und der Fakultäten.

⁷² Vgl. ebenda, Nr. 80, Bl. unpag. Bericht über die 450-Jahr-Feier.

repräsentative Charakter der Jubelfeier. Hier begegneten die Vertreter des Rates der Städte Halle und Wittenberg den Funktionären der Parteien und Massenorganisationen, die ausgewählten Gäste aus Westdeutschland der Wissenschaftselite der DDR, die Gäste aus den „Volksdemokratien“ den Vertretern der Industrie – den halleschen Professoren, Dozenten und Studierenden wurde jedoch nur in „beschränkter Anzahl“ die Ehre einer Einladung zuteil. Immerhin hatte man, um trotzdem einer größeren Anzahl des heimischen „Personals“ die Teilnahme an den unmittelbaren Jubiläumsfeierlichkeiten zu ermöglichen, zu den Empfängen der Städte Halle und Wittenberg jeweils unterschiedliche hallesche Universitätsangehörige und Studentendelegationen geladen.

Am Sonntag, dem 19. Oktober 1952, fand in Wittenberg die Festveranstaltung der Theologischen Fakultät statt. Sie wurde von zwei prominenten Kirchenmännern, dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Otto Dibelius, und von Kirchenpräsident Martin Niemöller besucht, der am Abend in Wittenberg einen Gottesdienst abhielt.⁷³

Prorektor Prof. Rothmaler begrüßte die anwesenden Staatsvertreter, Wissenschaftler und Gäste; ein Akt, der nach Meinung des Dekans Gallwitz besser von Professor Lehmann, dem Dekan der Theologischen Fakultät hätte übernommen werden sollen. Der Vertreter des Staatssekretariats hatte aber gegen diesen Vorschlag mit der Begründung interveniert, daß nur Rothmaler in seiner Funktion als Prorektor für eine „angemessene Vertretung“ des immer noch kranken Agricola zuständig sein könne.⁷⁴

Am Abend des 19. Oktober 1952 gaben die Kulturensembles der Universitäten Halle, Leipzig, Berlin und Jena im „Theater des Friedens“ mit einem bunten Programm ihr Bestes. Gerade dieser Auftritt habe nach Meinung der Organisatoren den westdeutschen Professoren einen „nachhaltigen Eindruck von der kulturell-erzieherischen Arbeit der FDJ an den Universitäten und Hochschulen“ vermittelt.⁷⁵

Zweimal hatte das hallesche SED-Lokalblatt „Freiheit“ seine Leser im Vorfeld aufgerufen, an der Kundgebung der studentischen Jugend und der Bevölkerung teilzunehmen, die für Montag, den 20. Oktober auf dem Hallmarkt geplant war. Ob die zahlreich anwesenden Hallenser von ihren Betrieben freigestellt bzw. im Arbeitskollektiv zur Teilnahme verpflichtet worden sind oder ob sie freiwillig gekommen waren: über 70.000 Werktätige und Studenten erschienen „mit Fahnen, Transparenten und Bildnissen von Generalissimus Stalin und Präsident Wilhelm Pieck“, „...um

⁷³ Vgl. Freiheit, 7. Jg., Nr. 244, 20.10.1952, S. 6.

⁷⁴ Vgl. UAH, Rep. 7, Nr. 809, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 15.10.1952.

⁷⁵ UAH, Rep. 7a+b, Nr. 74, Bl. unpag. Vorläufige Einschätzung der 450-Jahr-Feier der MLU.

mit dafür zu sorgen, daß die Wissenschaftler bei der friedlichen Arbeit nicht gestört werden.“⁷⁶

Wie die Stellplatzordnung für die einzelnen Fakultäten zeigt, war die Demonstration für Studierende und Mitarbeiter der Martin-Luther-Universität in jedem Fall obligatorisch. Die Marschroute führte je nach Standort über den Universitätsring, den Hansering, den Waisenhausring, den Hallorenring oder über den Franckeplatz zum Hallmarkt. Die philologische Fakultät traf sich beispielsweise um 15.40 Uhr in der Bergstraße und marschierte über den Friedemann-Bach-Platz und über den Universitätsring zum Hallmarkt.⁷⁷ Dort überbrachte, neben den Ansprachen der Vertreter des Staates, auch ein westdeutscher Student Grüße von Studierenden seines Landes, die laut „Freiheit“ verbunden waren „mit der Forderung nach Frieden und Einheit Deutschlands“.⁷⁸ Im Anschluß an die Kundgebung bewegte sich ein studentischer Fackelzug zur Burg Giebichenstein, um dort mit einem Feuerwerk den Jahrestag des Wartburgfestes zu begehen.⁷⁹

Am Montagmorgen erhielt das Haus an der Moritzburg, das seit 1951 die Institute für Deutsche Geschichte und Slawische Philologie beherbergte, den Namen des russischen Gelehrten und Demokraten Tschernyschewskij. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft überreichte deshalb der Universität als „Zeichen enger Verbundenheit eine Tschernyschewskij-Ausgabe“.⁸⁰ Aus gleichem Anlaß und als „Ausdruck der Verbundenheit zwischen deutschen und polnischen Wissenschaftlern“ schenkte die polnische Delegation der Martin-Luther-Universität eine Kollektion der in Polen nach dem Krieg herausgegebenen mathematischen Zeitschriften und Monographien.⁸¹

Während der gesamten Festwoche fand an den einzelnen Instituten eine Vielzahl öffentlicher Vorträge statt. Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina tagte mit einer Sondersitzung am 21. Oktober zum Thema „Der schwerhörige Mensch einst und jetzt“.⁸² Das offizielle Ende des Jubiläums beging man am Vormittag des 25. Oktober mit einem ersten Spatenstich für den Aufbau des neuen Chemischen und Physikalischen Instituts am Weinbergweg. Am Abend des Sonnabends

⁷⁶ Freiheit, 7. Jg., Nr. 245, 21.10.1952, S. 6.

⁷⁷ Vgl. UAH, Rep. 7a+b, Nr. 80. „Reflektor“ vom 11.10.1952. Festlegung der Stellplätze, Marschwege und Zeiten für die Angehörigen der Universität, S. 12f.

⁷⁸ Freiheit, 7. Jg., Nr. 245, 21.10.1952, S. 6.

⁷⁹ Vgl. UAH, Rep. 7, Nr. 809, Bl. unpag. Senatsprotokoll vom 15.10.1952. Bericht über den Stand der Vorbereitungen.

⁸⁰ Vgl. UAH, Rep. 7a+b, Nr. 74, Bl. unpag. Gesellschaft der DSF- Hochschulgruppe der MLU an den Rektor, 20.10.1952.

⁸¹ Vgl. ebenda, Bl. unpag. Vorläufige Einschätzung der 450-Jahr-Feier der MLU.

⁸² Vgl. Festprogramm 450-Jahrfeier der Martin-Luther-Universität, hrsg. von Leo Stern, Halle/Saale 1952, S. 10.

fanden sich die Studenten und Mitarbeiter der Universität im „Klubhaus der Gewerkschaften“ zu einem geselligen Beisammensein zum Ausklang des Jubiläums ein.⁸³

c) Zur Einschätzung des Jubiläums aus Sicht der Organisatoren

Das Organisationskomitee fand sich im November 1952 zu einer Auswertungsversammlung zusammen, die unter der Überschrift „Einschätzung des Ablaufs der Festwoche und die Arbeit des Organisationskomitees der FDJ“⁸⁴ in die Akten eingegangen ist. Zu den positiven Ergebnissen gehörte laut Bericht zweifelsohne die Großkundgebung vom 20. Oktober 1952, die als „großer Erfolg“ und als Ausdruck „der moralischen und politischen Einheit der Werktätigen und Studenten der Stadt Halle betrachtet werden“ könne.⁸⁵

Hatte man in den Vorbereitungssitzungen immer wieder betont, daß das Jubiläum auch ein Fest für die Studenten und technischen Mitarbeiter der Universität sein sollte, so kritisierte der Verwaltungsdirektor der ABF, Heinz Kursitza, daß „breite Kreise der Studentenschaft und vom Lehrkörper wenig Anteil daran nehmen konnten.“⁸⁶

Die Akten dokumentieren auch die Schwierigkeiten, mit denen die Veranstalter während der Feierlichkeiten zu kämpfen hatten. Zu den großen Problemen im Vorfeld zählte die Quartierbeschaffung und Unterbringung einiger hundert geladener Gäste. Hatte sich die Stadt Halle verpflichtet, dem Organisationsbüro alle zur Verfügung stehenden Zimmer zu melden, so ließen die dringend erwarteten Quartierlisten jedoch zwei Tage vor Beginn, am 14. Oktober, immer noch auf sich warten. Das II. Sekretariat der SED-Kreisleitung Halle, das daraufhin eingeschaltet wurde, erreichte, daß am Abend des 15. Oktober zwanzig (!) Quartiermeldungen eintrudelten. Ob es der hohe Erfolgsdruck auf die Verantwortlichen der Stadt war oder ob schlicht schlampig gearbeitet worden ist, dem Organisationskomitee sind letztendlich sogar Quartiere gemeldet worden, die gar nicht mehr existierten. Ein eiliger Aufruf an die Bevölkerung Halles in der „Freiheit“ und die Aufforderung an alle Studenten und die Belegschaft, dem Organisationskomitee alle irgendwie freien Zimmer zu melden, erbrachten am Vormittag des 16. Oktober dann immerhin noch weitere 200 freie Unterkünfte. Weil diese den großen Bedarf dennoch nicht abdecken konnten, behalf man sich darüber hinaus mit provisorischen Massenquartieren in Schulen und Universitätsgebäuden. Den verantwortlichen Genossen Seela als den Vertreter der Stadt, der bei „anderen

⁸³ Ebenda, S. 50f.

⁸⁴ UAH, Rep. 7a+b, Nr. 74, Bl. unpag. Einschätzung des Ablaufs der Festwoche und die Arbeit des Organisationskomitees der FDJ.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ UAH, Rep. 7, Nr. 809, Bl. unpag. Senatsprotokoll der Senatsitzung vom 21.11.1952.

Aktionen schon durch ähnliche Vorfälle“ aufgefallen war, wollte man durch eine „genaue Kontrolle der Arbeit und Person“ zur Rechenschaft ziehen.⁸⁷

Zu einem anderen schwerwiegenden Ärgernis geriet die Verpflegung der Teilnehmer, eine Aufgabe, der das beauftragte „Haus der Werktätigen“ am Volkspark offenkundig nicht gerecht werden konnte. Nach Beschwerden von Studenten ergab eine Überprüfung, daß die Kapazität der Küche nur für 500, nicht aber für anwesende 900 Personen ausreichte. So war es nicht nur fragwürdig, ob alle zur Verfügung gestellten Rationen tatsächlich verarbeitet und ausgegeben werden konnten, auch die dortige Küche entsprach nicht den modernen hygienischen Standards. Man mußte schnell Abhilfe schaffen: Die Teilnehmer wurden für die restliche Woche in der Mensa und im Hotel ‚Stadt Hamburg‘ verköstigt, die Küchenmitarbeiter im ‚Haus der Werktätigen‘ von ihrer Verpflichtung entbunden.⁸⁸

Neben diesen organisatorischen Hindernissen traten während der Festwoche auch interne Koordinationsprobleme auf. War das „Kompetenzgerangel“ zwischen den Organisationsausschüssen vor Ort und dem Festausschuß in Berlin bereits während der Vorbereitungen zum Jubiläum aufgetreten, so entwickelte es sich während der Festwoche zum ernsthaften Hemmnis. Durch die fortwährenden Programmänderungen des Festausschusses (Staatssekretariat) in Berlin, das die unter Dach und Fach gebrachten Veranstaltungen kurzfristig beliebig erweiterte oder strich, wurde dem Organisationskomitee vor Ort zusätzliche Arbeit aufgebürdet. Das als Geldgeber fungierende Staatssekretariat hatte sich von Anfang an als unabhängige Größe innerhalb der Organisationsausschüsse betrachtet, die jedoch zu jeder Zeit für die Entscheidungen das letzte Wort behalten wollte – zu Lasten der Verantwortlichen vor Ort, die in der Festwoche fast ohne Schlaf gearbeitet hatten. Ein nicht unerheblicher Anteil an diesen Problemen ging auf das Konto des aus Berlin abgesandten Abteilungsleiters Kippenhahn, der nach Meinung von Mitarbeitern das „organisatorische Talent“ hatte, „die zu lösenden Aufgaben mit einem geheimnisvollen Schleier [zu] umgeben ... und alle Mitarbeiter im Dunkeln tappen zu lassen.“⁸⁹ Der Mitarbeiterkreis beschwerte sich – wohl erfolglos – über seinen Führungsstil, über die nicht genau abgegrenzten Aufgabengebiete sowie über mangelnde Verantwortung des Einzelnen. Konkret hieß das, daß sowohl Vertreter des Organisationsbüros der Universität als auch jene der FDJ-Hochschulgruppe „in der gleichen Angelegenheit mit den gleichen Stellen verhandelten“. Weil jeder für alles verantwortlich war, hätten gerade Studenten oft vor dem Dilemma gestanden, „entweder die Vorlesungen zu besuchen oder die Aufgaben zur Vorbereitung der 450-Jahrfeier zu

⁸⁷ Vgl. UAH, Rep. 7a+b, Nr. 74, Bl. unpag. Vorläufige Einschätzung des Ablaufs der Festwoche und des Organisationskomitees der FDJ.

⁸⁸ Vgl. ebenda.

⁸⁹ Ebenda.

erfüllen“.⁹⁰ Man war sich einig darin, daß es für zukünftige Universitätsfeiern nur ein Organisationskomitee geben sollte, daß nach „geschlossenen Rahmenplänen, die nur unwesentlich verändert werden dürfen“, arbeiten würde.⁹¹

Der Vorwurf des Fehlens der „notwendigen politischen Klarheit“ machte ausgerechnet vor dem Genossen Kippenhahn aus dem Staatssekretariat nicht Halt. Bei einer Auseinandersetzung zwischen Professor Heinrich Funk, der den Gottesdienst in Wittenberg mit ins offizielle Festprogramm aufnehmen wollte, und der FDJ, die genau das nicht beabsichtigte, konnte der zuständige Genosse lediglich auf eine Entscheidung aus Berlin vertrösten.

Dem Organisationsausschuß in Halle war also für das Universitätsjubiläum ganz offensichtlich ein lediglich ausführender Funktionär, aber keine wirkliche Hilfe aus Berlin überlassen worden. Welche konkreten Konsequenzen die Aktivitäten Kippenhahns während der 450-Jahrfeier hatten, muß an dieser Stelle jedoch offen bleiben. Daß die Vorbereitung und Durchführung der 450-Jahrfeier allen Verantwortlichen ein beträchtliches Arbeitspensum auferlegte, zeigt auch die in der Auswertung gezogene Schlußfolgerung, neben der Leitung des Organisationskomitees zukünftig auch hauptamtliche Angestellte für die Finanzen, für die Verpflegung und für den Transport einzusetzen.

d) Die Resonanz auf das Jubiläum

Betrachtet man das unter großem Einsatz der Organisatoren zustande gekommene 450-jährige Universitätsjubiläum, bleibt zu fragen, welcher Stellenwert dem Jubiläum von ost- und westdeutschen Zeitungen beigegeben wurde, und welches Echo das Jubiläum bei seinen Besuchern erfuhr.

Es ist anzunehmen, daß sich die staatsloyale Zeitungslandschaft der DDR mit dem ersten Jubiläum auf gesamtdeutschem Boden ganz besonders beschäftigen würde, sollte es doch Symbol für den Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden sein. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlichte einen Aufsatz des Prorektors Prof. Dr. Victor (sic!) Stern aus Halle, der die Geschichte der Universität Halle-Wittenberg und ihre progressive Tradition zum Thema hatte.⁹² Dieser historische Abriss ähnelt einem am Tag zuvor in der „Freiheit“ erschienenen Artikel Leo Sterns verblüffend. Im „Neuen Deutschland“ blieb es bei diesem Beitrag; der Schwerpunkt der Berichterstattung lag auf der Einschätzung des XIX. Parteitags der KPdSU in Moskau.

⁹⁰ Ebenda.

⁹¹ Vgl. ebenda.

⁹² Vgl. Neues Deutschland, 7. Jg., Nr. 247, 19.10.1952, S. 8.

Die „Junge Welt“, überregionale Zeitung der FDJ, informierte ihre Leser am 21. Oktober 1952, über die am Sonntag in Wittenberg begangene Festveranstaltung. Das Jubiläum wurde selbstverständlich, gemäß der offiziellen Wertung, als ein Fest betrachtet, das „Werk tätige und Intellektuelle im Kampf um den Aufbau des Sozialismus vereine.“⁹³ Die Anwesenheit von Dibelius und mit ihr die speziell theologische Tradition Wittenbergs blieben unerwähnt. Ein zweiter Beitrag vom folgenden Tag widmete sich der Geschichte und der positiven Tradition der Universität. Hier wurde in Superlativen davon gesprochen, daß die Martin-Luther-Universität den „gigantischen Aufschwung von Wissenschaft und Kultur in der DDR [verkörpere] und mit berechtigtem Optimismus in die sozialistische Zukunft [blicken könne].“⁹⁴ Insgesamt war die Berichterstattung in der überregionalen Presse der DDR zum Jubiläum eher „dürftig“. Blieb jenes letztlich nur ein Ereignis von lokaler Bedeutung oder war der sozialistischen Presse die theologische „Konnotation“ des Geburtstages nicht geheuer? Eine beweiskräftige Untermauerung eines Erklärungsversuchs kann an dieser Stelle nicht geliefert werden und gehört ohne systematische Untersuchung in den Bereich der Spekulation.

Die insgesamt ausführlichste Berichterstattung lieferte das hallesche SED-Blatt „Freiheit“, welches, neben den Berichten über den XIX. Parteitag der KPdSU, auch die Jubiläumsfeierlichkeiten journalistisch begleitete. Neben ganz dem propagandistischen Tenor der Zeit verhafteten Parolen und Losungen stellte die Zeitung in der Reihe „Menschen unserer Stadt“ Porträts von Professoren und Professorinnen, von Studenten und Studentinnen vor. Auf diese Weise konnte auch die Bevölkerung Halles glaubwürdiger in die Feierlichkeiten einbezogen werden, war sie, wie die Kundgebung auf dem Hallmarkt zeigte, sonst doch eher „jubelnde Statistin“. Die Ausgabe vom Samstag, dem 18. Oktober 1952, widmete sich ganz dem Jubiläum. In ganzseitigen Artikeln wurden die Geschichte der Universität sowie Kurzporträts der Prorektoren und Dekane der Universität vorgestellt, auch die Predigt Niemöllers vor Theologiestudenten fand Beachtung.⁹⁵

Wiederum durch die „Brille“ der Journalisten der „Freiheit“ erfahren wir etwas über die Eindrücke einiger westdeutscher Gäste. Unter der Überschrift „Wir sind als Deutsche zu Deutschen gekommen“ kam der Oberbürgermeister von Schweinfurt, Dr. Schön, zu Wort, der die freundschaftliche Bindung zwischen Halle und Wittenberg durch die Akademie der Naturforscher Leopoldina betonte. Schön, der die „deutsche Wissenschaft für eine unteilbare Einheit“ hielt, wünschte sich, daß „das gesamtdeutsche wissenschaftliche Gespräch nie abreißen, sondern sich eher

⁹³ Junge Welt. Organ des Zentralrats der FDJ, 6. Jg. Nr. 217, 21.10. 1952, S. 2.

⁹⁴ Ebenda, Nr. 218, 22.10.1952, S. 3

⁹⁵ Vgl. Freiheit, Nr. 242, 18.10.1952; vgl. ebenda, Nr. 244, 20.10.1952.

verstärken [solle].“ „Vom hohen wissenschaftlichen Niveau der Jugend“ war Schön, laut „Freiheit“, besonders angetan.⁹⁶ Auch der Kirchenpräsident von Hessen-Nassau, Martin Niemöller, bekräftigte ostdeutschen Journalisten gegenüber den Wunsch nach einem „friedlichen, einheitlichen Deutschland“.⁹⁷

Praktisch keine Resonanz fand das 450-jährige Jubiläum hingegen in den von der Verfasserin eingesehenen westdeutschen Tages- bzw. Wochenzeitungen.⁹⁸ Die Tageszeitung „Die Welt“ berichtet bemerkenswerterweise zwar über einen in Frankfurt am Main begangenen Festakt für die Universität Breslau unter der Überschrift „250 Jahre Leopoldina“,⁹⁹ doch über das Jubiläum der Martin-Luther-Universität kein Wort. Auch im Wochenjournal „Der Spiegel“ fand das Jubiläum keine Beachtung.¹⁰⁰ Die offizielle innerdeutsche Berichterstattung war für die Ost- wie für die Westpresse von der politischen Atmosphäre des Kalten Krieges geprägt, die keinerlei Raum für die (sachliche) Erwähnung einer universitären Großveranstaltung des „Gegners“ hatte. Möglicherweise lieferte dieses erste Universitätsjubiläum nach dem Krieg auch einfach wenig spektakuläres Material für die zwischen ost- und westdeutschen Medien geführte „Propagandaschlacht“.¹⁰¹

Anders allerdings hatten die akademischen Kreise reagiert, wie die sehr zahlreichen Dankschreiben über den Erhalt der anlässlich des Jubiläum erschienenen Festschrift zeigen. Diese drei Bände bieten auf einigen hundert Seiten einen historischen Überblick der Geschichte der Universität Halle-Wittenberg. Die Aufsätze von einer großen Anzahl von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen waren deshalb zu Recht als ein „besonderer Erfolg“ gewürdigt worden. Leo Stern, auf dessen Anregung und durch dessen Organisationstalent jene Festschrift zustande gekommen war, erhielt zahlreiche Anerkennungs- und Dankschreiben von Professoren, Privatleuten und Bibliotheken aus dem In- und Ausland.¹⁰²

Die 2.500 gedruckten Exemplare waren schnell vergriffen, denn neben sämtlichen Hochschulen und Bibliotheken der DDR waren auch zahlreiche westdeutsche Universitäten sowie wissenschaftliche und politische Organisationen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland mit einem

⁹⁶ Vgl. ebenda, Nr. 246, 22.10.1952, S. 6.

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ Die Auswahl muß sich an dieser Stelle auf zwei angesehenen, „meinungsbildende Blätter“ beschränken. Eine Reihe von Tages- und Wochenzeitungen stehen für den angegebenen Zeitraum in der Deutschen Bücherei nicht zur Verfügung (u. a. DIE ZEIT, die FAZ)

⁹⁹ Vgl. Die Welt, 7. Jg. Nr. 230., 9.10.1952, S. 6.

¹⁰⁰ Vgl. Der Spiegel, 6. Jg., H. 42, 15.10.1952, S. 38ff.

¹⁰¹ Dies wurde durchaus schon von weitsichtigen Zeitgenossen erkannt. Vgl. ebenda.

¹⁰² Vgl. UAH, Rep. 7, Nr. 809, Bl. unpag. Senatsprotokoll der Senatsitzung vom 21.11.1952. Die Dankschreiben, in den Akten festgehalten, belaufen sich auf wenigstens einhundert.

Exemplar bedacht worden. Möglicherweise spielte dafür Sterns Motiv eine Rolle, die Bedeutung der Martin-Luther-Universität über Ostdeutschland hinaus publik zu machen, bzw. einen wissenschaftlichen Diskurs zwischen West- und Ostdeutschland aufrechtzuerhalten. Aus halb Europa erreichten Stern zahlreiche Bittschriften um Übersendung dieses begehrten Gegenstands, der „sogar in sonst mißtrauigen (sic!) Westberliner Kreisen gewürdigt“ worden war.¹⁰³ Bemerkenswert bleibt, daß auch jene ein Exemplar erhielten, die zu dieser Zeit als „ideologisch nicht korrekt“ galten. So bekamen einige Pfarrer und Theologen sowie die einzige evangelische Monatszeitschrift der DDR „Zeichen der Zeit“ ein Exemplar zur Rezension zugesandt.

Der in den Akten immer wieder angekündigte 4. Band, der eine Zusammenschau der beim Jubiläum gehaltenen Festvorträge enthalten sollte, kam aus organisatorischen, mehr noch aber aus finanziellen Gründen nicht mehr zustande, war doch die Herausgabe der dreibändigen Jubiläumsschrift schon eine „außerordentlich kostspielige Angelegenheit“.¹⁰⁴ Das große Echo von Wissenschaftlern, Privatpersonen und Institutionen aus dem In- und Ausland¹⁰⁵ waren eindrucksvoller Beleg für die Qualität und den damit verbundenen Erfolg dieser Bände, deren Aufsätze einer eingehenden Analyse noch bedürfen.

V. Zusammenfassung

Das 1952 in der DDR begangene 450-jährige Jubiläum der Martin-Luther-Universität ist sowohl zeitgeschichtlich als auch wissenschaftsgeschichtlich bedeutsam. Es spiegelt die den Universitätsangehörigen auferlegten ideologischen Grenzen ebenso wider wie die gesellschaftlichen Bedingungen in der sich im Aufbau befindlichen sozialistischen Gesellschaftsordnung. Daß diese Entwicklung hin zu Zentralisierung und Gesinnungsdiktat auf erhebliche Widerstände stieß, zeigen die organisationspolitischen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Studienreform und die nicht geglückten Vertuschungsversuche bei der Verhaftung von Studenten.

Auffallend ist, daß in dieser Konsolidierungsphase der Senat der Universität Halle noch von einer Meinungsvielfalt geprägt war, die jedoch, sobald sie offenkundig wurde, von den SED-Funktionären brachial niedergehalten wurde. Nicht argumentative Auseinandersetzung mit berechtigter Kritik, sondern persönliche Diffamierung und Entmündigung beherrschten dann einen Diskurs, der Professoren einerseits auf ihren Bereich als fachliche Experten verwies, ihrer Rolle als Erzieher aber enorme Bedeut-

¹⁰³ UAH, Rep. 7a+b, Nr. 75, Bl. unpag. Herman Weidhaas an Leo Stern, 27.12.1952.

¹⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁵ Hierzu vgl. ebenda, Nr. 75, Nr. 76, Nr. 77.

samkeit einräumte. Diese Widersprüchlichkeit, der Glaube an die mit allen Mitteln zu verteidigende Idee eines sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates und der damit verbundene Wunsch nach Kontrolle über den Einzelnen schufen eine pseudoreligiöse Atmosphäre in den Senatsitzungen, der man argumentativ nur mehr wenig entgegensetzen konnte. Allen Beteiligten war zu dieser Zeit längst klar, daß die SED die Schalthebel der Macht fest im Griff hatte.

In diese Phase fällt das Universitätsjubiläum, das nach gerade sieben Jahren Friedenszeit mit gewaltigem organisatorischen, finanziellen und ideologischen Aufwand begangen wurde, hoffte man doch mit diesem, der jungen DDR und ihrer weltanschaulichen Konzeption vom Sozialismus auf internationaler Ebene ein größeres Gewicht zu verleihen. Verfolgt man die Berichterstattung der Medien zu diesem Ereignis, so muß man aber aufgrund der geringen Resonanz schlußfolgern, daß das Jubiläum selbst für die DDR-Presse nur von marginalen, bestenfalls lokalpolitischem Interesse war; die tagespolitischen Geschehnisse, der sich ausweitende Ost-West-Konflikt, die beginnende Aufrüstung bestimmten das Tagesgeschäft der Medien.

In akademischen Kreisen hingegen wurde dem Jubiläum, das die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung der Martin-Luther-Universität international publik machen wollte, mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die Resonanz auf die Festschrift und das Echo der westdeutschen Gäste zeigen, daß das Ereignis im anderen Teil des Landes, wenn auch nicht ohne Vorbehalte, wahrgenommen wurde. In gewisser Weise galt es gar als „Gegenstück“ zum ersten Universitätsjubiläum auf westdeutschem Boden, das einige Jahre später, 1957 in Freiburg, gefeiert wurde.¹⁰⁶

Dem Jubiläum kam alles in allem eine wichtige Repräsentationsfunktion zu. Es war eine Gelegenheit für die DDR, sich der Überzeugung von der Unanfechtbarkeit der sozialistischen Weltanschauung zu versichern, das eigene System zu feiern und die Geschichte der Universität in die „positiven Traditionen“ des neu errichteten Arbeiter- und Bauernstaates zu stellen. Trotz des Anspruchs der Gleichheit aller blieb die Feier eine Angelegenheit der Eliten des Landes, an der Universitätsangehörige nur als Randfiguren teilnehmen konnten. War der eigentliche Anlaß der Festlichkeit die 450-jährige Gründung der Universität Wittenberg, so wies man den theologischen Aspekten, die man nicht ganz ignorieren konnte, einen Platz an der Peripherie zu.

¹⁰⁶ <http://www2.ruf.uni-freiburg.de/univ/3w/service/pre/prmit/9906tellenba.htm>.

Autoren

Kristiane Gerhard	Studentin, Institut für Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Marianne Taatz	Studentin, Institut für Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Christina Müller	Studentin, Institut für Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Eckehard Pistrick	Student, Institut für Geschichte an der Martin- Luther-Universität Halle-Wittenberg
Ria Hänisch	Studentin, Institut für Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (Heft 1-14)
Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab Heft 15)
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Heft 8 / Sonderheft / 2000

Mit Beiträgen von Moshe Zuckermann, Jan Gerber, Sindy Schmiegel, Friederike Dietzel, Stefan Trute, Daniel Bohse, Gerrit Deutschländer, Michael Hecht, Manuela Sutter, Lars Skrowonski, Konstanze Krüger und Andreas Mohrig.

Heft 9 / 2001

Mit Beiträgen von Victor Artemov, Manfred Müller, Daniel Bohse und Carel Horstmeier.

Heft 10 / 2001

Mit Beiträgen von Jan Gerber, Christina Schröder, Jana Wüstenhagen/Karsten Rudolph und Georg Wagner-Kyora.

Heft 11 / 2002

Mit Beiträgen von Andreas Malycha, Anjana Buckow und Ulrich Pfeil.
Zeitzeugen: Herbert Priew und Hans-Dieter Nover.

Heft 12 / 2002

Mit Beiträgen von Hagen Jahn, Frank Hirschinger und Daniel Bohse.